

Mehr als eine Aufräumaktion

Polizei verbrennt Kunstwerk

von Elli Maier

»Was wir verbrannt haben, war nur ein Haufen Müll, Pappe und morscher Bambus. Wir haben nicht erkennen können, dass es sich um eine Skulptur oder ein anderes Kunstwerk handelte«, so der leitende Beamte der städtischen Polizei, Syarif Hakim, die Aktion vom 5. Februar 2004, bei der ein Kunstwerk von Tisna Sanjaya in Bandung zerstört wurde. Nach seinen Worten war es nur eine Säuberungsmaßnahme.

Die Installation mit dem Titel »Special Prayer for Death« stellte ein aus Bambusgeflecht bestehendes Boot und eine auf dem Kopf stehende menschliche Figur dar. Das Kunstwerk, eine vier Meter lange Installation, war bereits seit 1997 auf verschiedenen nationalen und internationalen Ausstellungen zu sehen. Seit Dezember letzten Jahres stand die Installation am Rand der Zufahrt zu einem Gelände, an der sie unter anderem Bestandteil verschiedener Veranstaltungen von einer dort ansässigen Künstlergruppe war.

Am Morgen des 5. Februar trafen vier Fahrzeuge der Polizei ein, zogen die Konstruktion in die Mitte der Zufahrt und zündeten sie an. Von dem Kunstwerk blieb schließlich nur der Rahmen aus Stahldraht und verbranntes Holz übrig.

Tisna Sanjaya erklärte, dass er eine Klage anstrengen wolle. Die Begründung der Beamten wies er entschieden zurück, so sei die Installation doch als geschlossene Form deutlich zu erkennen gewesen.

Besorgte Reaktionen

Die Maßnahme der Polizei löste besorgte Reaktionen bei Künstlern und Kulturschaffenden Indonesiens aus. Sie bewerteten den Vorfall als Akt des Vandalismus, als Verstoß gegen das Urheberrecht, als Zerstörung eines international anerkannten Kunstwerks und als direkten Angriff auf die Kunstschaffenden. Zahlreiche

Die Autorin ist freie Journalistin und lebt in Indonesien.

schriftliche Stellungnahmen und Kommentare sind inzwischen in den Printmedien Indonesiens, aber auch in der internationalen Presse erschienen.

Die Beteiligung des örtlichen Militärkommandos an der Verbrennungsaktion und Kommentare zuständiger Autoritäten bekräftigen allerdings die Vermutung, dass es sich bei der Aktion um mehr als eine Aufräumaktion der Polizei gehandelt habe. Zudem erklärten Augenzeugen, dass wenige Tage vor der Aktion Beamte der Polizei Fotos von der Installation gemacht hatten.

Eine Beleidigung des Militärs

Vom Leiter der Informationsabteilung des Militärkommandos und nach offizieller Erklärung war nach dem Vorfall zu vernehmen, dass es sich bei dem Kunstwerk um eine Beleidigung des Militärs gehandelt habe. Beschriftungen am Kunstwerk hätten eindeutig das Militär des Landes erniedrigt und verunglimpft. An der Installation waren Preislisten für die Toilettengänge verschiedener Militärabteilungen angebracht. Als Beweis dafür dienten die Fotos, die vor der Verbrennung gemacht worden waren.

Sanjaya selbst erklärte dazu, dass »Special Prayer for Death« eine Kritik an Gewalt darstellte, Gewalt überall auf der Welt und damit auch Maßnahmen des indonesischen Militärs mit einschließe. Und natürlich müsse ein Kunstwerk immer auch im Zusammenhang betrachtet werden. Falls das Militär sich gedemütigt fühle, so fragte Sanjaya, warum suchten

die Verantwortlichen nicht den Weg des offenen Dialogs oder aber der rechtlichen Schritte.

Wenige Tage nach der Verbrennungsaktion schloss sich eine Gruppe von Künstlern und Freunden Sanjayas zu einem Aktionsteam zusammen. Das Team unter dem Namen »Perahu Publik«, als offenes Forum gedacht, plant und führt seitdem Diskussionen, Pressemitteilungen zur aktuellen Lage und Veranstaltungen zu verschiedenen Themen durch, die sich unter anderem auf verschiedene Gewaltformen beziehen. Solidaritätsveranstaltungen gab es zudem von namhaften Personen des kulturellen Lebens in Jakarta. Ein öffentlicher Aufruf gegen Gewalt und staatlicher Repression fand in Jakarta statt.

Neben offenen Veranstaltungen verfolgt das Team Perahu Publik weiterhin den rechtlichen Weg. In einer Pressemitteilung erklärte der Anwalt, dass es sich bei der Maßnahme um weit mehr handele als um einen Verstoß gegen das persönliche Recht eines Künstlers, nämlich um einen Angriff auf die künstlerische Freiheit, die freie Meinungsäußerung und um einen Verstoß gegen die Menschenrechte. Er forderte die offiziellen Seiten auf, in diesem Fall schnell zu handeln und die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen.

Von offizieller Seite ist seither kein Kommentar zu vernehmen gewesen.